Protokoll über die Sitzung Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen der Stadt Wilhelmshaven am Montag, 24. Februar 2025, 15:00 Uhr, Ratssaal, Nr. 1/2025

Mitglied SPD-Fraktion
Ausschussmitglied Nurhayat Bakir-Block
Ausschussmitglied Norbert Peter Brandt
Ausschussmitglied Susanne Kempcke

Mitglied Gruppe "Gemeinsam BUNT"
Ausschussmitglied Anja Sanchez Mengeler
Vertreterin Helga Weinstock

Mitglied CDU-Fraktion
Ausschussmitglied Uwe Heinemann
Ausschussmitglied Olaf Werner

Mitglied Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW
Ausschussvorsitzender Markus Bulla
Vertreter Olaf Fischer

Es fehlte entschuldigt
Ausschussmitglied Petra Stomberg
Ausschussmitglied Detlef Stump

von der Verwaltung
Referatsleiter 4 Jens Müll
Fachbereichsleitung Personalservice Gerd-Dieter Mönck
Gleichstellungsbeauftragte Nicole Biela
Protokollführerin Anke Schulze

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfragen vom 11.12.2024	
4	Vorlagen an den Rat	
4.1	Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis - Robert Reinkemeier	**263/2024**
4.2	Antrag der Fraktionen CDU und SPD und der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Stellenbewertung durch externe Gesellschaft ab EG 12/A 12	**578/2024**
4.3	Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Digitalisierung und Stellensituation in der Wohngeldstelle	**500/2025**
4.4	Antrag SPD-Fraktion: Anpassung der Stellenbewertung für Reinigungskräfte	**508/2025**
5	Mitteilungen und Anfragen	
5.1	Stellenbewertung VHS und WTF	
5.2	Flüchtlingsunterkunft	
5.3	Umsetzung des Inklusionskonzeptes	
5.4	Antrag auf Neubewertung einer Stelle im Fachbereich 36	
5.5	Haushaltsstrukturkommission	
5.6	Beschwerden bzgl. der Kfz-Zulassungsstelle	
5.7	Digitalisierungsstand	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende **Herr Bulla** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Heinemann fragte nach, warum kein Dezernent der Einladung gefolgt ist.

Herr Bulla erklärte, dass Herr Oberbürgermeister Feist aufgrund einer anderen Veranstaltung verhindert ist.

Herr Heinemann merkte hierzu an, dass jeder Dezernent einen Vertreter hätte, der aber ebenfalls nicht anwesend ist.

Herr Brandt stellte für sich fest, dass dem Oberbürgermeister Personal und Gleichstellung nicht so am Herzen liegt.

Frau Sanchez Mengeler erklärte, dass sie den Oberbürgermeister noch nie in diesem Ausschuss gesehen hätte, seitdem er als Dezernent den Ausschuss übernommen hat.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde in der vorliegenden Form festgestellt.

3 Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfragen vom 11.12.2024

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung des PG vom 11.12.2024 wurde bei 3 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen einstimmig genehmigt.

Herr Brandt bittet darum, zukünftig bei komplexeren Sachverhalten den Inhalt der Fragen kurz wiederzugeben und nicht nur zu schreiben, dass eine Frage gestellt wurde.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis - Robert Reinkemeier **263/2024**

Herr Mönck gab den Hinweis, dass der Rat bereits den entsprechenden Beschluss gefasst hat. Ausnahmsweise wurde hierzu kein vorbereitender Beschluss durch den PG gefasst, da die damalige Sitzung ausgefallen ist. Diese Vorlage dient nur als Information.

Herr Brandt bat darum, dass grundsätzlich alle Personal- und Gleichstellungsangelegenheiten vorab im PG besprochen werden sollten.

Herr Bulla wies darauf hin, dass es sich hierbei um eine Ausnahme handelte. Die Beratungsfolge ist ansonsten einzuhalten.

Beschluss: **- zur Kenntnisnahme -**

Herr Robert Reinkemeier wird gem. § 20 Niedersächsisches Brandschutzgesetz zum nächst möglichen Zeitpunkt für die Dauer von sechs Jahren zum Stellvertretenden Stadtbrandmeister im Ehrenbeamtenverhältnis berufen.

4.2 Antrag der Fraktionen CDU und SPD und der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Stellenbewertung durch externe Gesellschaft ab EG 12/A 12 **578/2024**

Herr Bulla trug den Antrag vor, führte kurz hierzu aus und bat um Zustimmung.

Herr Mönck stellte aufgrund der Annahme von **Frau Weinstock**, dass Beamte befördert werden, wenn sie ein bestimmtes Alter erreicht haben, fest, dass Stellenbesetzungen nur nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung der Beamten und Beamtinnen erfolgen und gewiss nicht nach dem Alter. Das Verfahren zur Stellenbesetzung wurde dabei entsprechend erläutert.

Herr Müll ergänzte, dass es bei einer Stellenbewertung nur um die Aufgabe auf dieser Stelle geht und um deren Wertigkeit. Die Bewertung erfolgt dabei stets unabhängig vom Stelleninhaber.

Herr Fischer machte den Vorschlag, dass die Verwaltung in einer der nächsten Sitzungen zum öffentlichen Tarifrecht und zum Besoldungsrecht ausführlich informiert.

Herr Heinemann bat um die Information, auf welcher Höhe sich die Kosten für eine externe Stellenbewertung belaufen.

Herr Müll führte hierzu detailliert aus. Die einzelnen Beträge stellen sich wie folgt dar:

KGSt (Preise netto)

- Einzel-Stellenbewertung: 695,00 €
- Einzel-Qualitätssicherung: 440,00 €
- Arbeitsplatzinterviews (Extra): 525,00 € zuzüglich Reise-, Sach- und Nebenkosten

NSI-Consult (Preise netto)

- Einzel-Stellenbewertung Beschäftigte (inkl. Gutachten): 490,00 €
- Einzel-Stellenbewertung Beamte (nach KGSt): 1.350,00 €
- Einzel-Qualitätssicherung: 150,00 € pro Stunde
- Stelleninterview (Extra): 150,00 € zuzüglich Reise-, Sach- und Nebenkosten

Auf Nachfrage von **Herrn Brandt und Frau Sanchez Mengeler** gab **Herr Müll** an, dass seit 2018 durchschnittlich 5 Stellen im Jahr extern bewertet wurden. Insgesamt gibt es bei der Stadt 31 Beamtenstellen in den Besoldungsgruppen A 12 bis A 16 und 46 Beschäftigtenstellen in den Vergütungsgruppen EG 12 bis EG 15 inkl. zweier S 17-Stellen.

Herr Bulla stellte nochmals kurz die Zielsetzung fest. Perspektivisch sollen in den nächsten Jahren sukzessive alle Stellen ab A 12 und EG 12 bewertet werden, d.h. auch die Stellen, die bereits besetzt sind.

Auf Nachfrage wurde **Herrn Müll** zugestanden, dass die Verwaltung bei der Wahl des externen Bewertungsunternehmens in ihrer Entscheidung frei ist. Beginnen wird die Verwaltung mit der Bewertung der Stellen, die in der nächsten Zeit frei werden.

Auf weitere Nachfrage von **Herrn Müll** sollen in die Bewertung auch die entsprechenden A 11-Stellen und EG 11-Stellen einbezogen werden, deren Stelleninhaber einen Höherbewertungsantrag gestellt haben.

Herr Müll versicherte sich, dass die vorbereitenden Tätigkeiten, wie die Stellenbeschreibungen weiterhin durch die Verwaltung erbracht werden.

Auf Nachfrage von **Herrn Müll,** ob das Ergebnis der externen Bewertung in der Bewertungskommission nochmals in Frage gestellt werden muss, erklärte **Herr Bulla,** dass dies nicht sein kann und das Ergebnis des unabhängigen Dritten grundsätzlich von der Kommission zu akzeptieren ist.

Herr Brandt wies darauf hin, dass das Ergebnis dem Personalrat und der Gleichstellungsbeauftragten zur Kenntnis zu geben ist. Sollte es gravierende Differenzen in der Kommission zu einer Bewertung geben, ist der PG zu informieren.

Frau Biela begrüßte den Antrag, da er grundsätzlich zu einer Erhöhung der Transparenz, Objektivität und Akzeptanz beitragen kann.

Sie wies darauf hin, dass in den genannten Besoldungs- und Vergütungsgruppen eine Unterrepräsentanz von Frauen gegeben ist. Sollte bei einem entsprechenden Auswahlverfahren ein Bewerber und eine Bewerberin gleich gut geeignet sein, ist die Bewerberin auszuwählen.

Herr Mönck zeigte sich überrascht darüber, dass bei den **Frauen Bakir-Block und Weinstock** der Eindruck entstanden ist, dass die Verwaltung Unterrepräsentanzen im Bewerbungsverfahren nicht beachtet. Selbstverständlich gewinnt das unterrepräsentierte Geschlecht bei gleicher Eignung das Auswahlverfahren. Das ist „gelebte Praxis“ in der Verwaltung - zumal es sich auch um eine gesetzliche Vorgabe handelt. In den Stellenausschreibungen wird das unterpräsentierte Geschlecht auch jeweils explizit angesprochen.

Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

Beschluss: **-einstimmig zugestimmt-**

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zukünftig alle Stellen der Beamten ab A12 und der Angestellten ab EG 12 durch eine externe Gesellschaft (neu) zu bewerten / (zu verproben).

4.3 Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Digitalisierung und Stellensituation in der Wohngeldstelle **500/2025**

Herr Fischer stellte den Antrag vor und gab anhand der vorliegenden Begründung weitere Hinweise. Er stellte fest, dass das Wohngeld-Antragsverfahren durch die Einführung von Wohngeld-Plus wesentlich komplexer geworden ist und dies bedingt einen sehr viel höheren Personalbedarf. Die Einführung des digitalen Antragsverfahrens wird langfristig zur Entlastung der Mitarbeitenden führen.

Herr Müll erläuterte die aktuelle Besetzungssituation in der Wohngeldstelle. Eine erhöhte Fluktuation der Mitarbeitenden führe aber immer wieder zu Problemen. Durch frühzeitige Ausschreibungen, Einführung anderer Verfahrensabläufe (Front- und BackOffice) und zusätzliche Mitarbeiter*innen soll für Entlastung gesorgt werden. Der Digitalisierungsprozess wird weiter forciert.

Herr Mönck merkte an, dass gerade für die Wohngeldstelle bereits so viele Maßnahmen ergriffen wurden wie für keinen anderen Bereich. Zum Vorschlag eines Stellenpools gab er aber zu bedenken, dass die Bildung eines „Springerpools" schwierig ist bzw. die Umsetzung nicht funktionieren kann. Für jede Tätigkeit ist eine Einarbeitung notwendig, ab gewissen Entgeltgruppen sind bestimmte Lehrgänge notwendig.

Auf Anmerkung von **Frau Weinstock**, dass die Verwaltung doch auch Bürokaufleute für die Wohngeldstelle einstellen und einarbeiten könnte, erklärte **Herr Mönck**, dass dies selbstverständlich bereits für bestimmte Verwaltungsbereiche geschieht, aber eben nicht für die Wohngeldstelle. Die Betrachtung liegt immer auf der jeweils zu besetzenden Stelle. Im öffentlichen Dienst gibt es Eingruppierungsvorschriften und ab der Entgeltgruppe EG 5 bzw. 6 ist es zwingendes Tarifrecht, dass Mitarbeitende bereits über die erste Verwaltungsprüfung verfügen müssen. Bei den Stellen in der Wohngeldstelle handelt es sich jeweils um 9a-Stellen, die damit die höchste Eingruppierung auf der Ebene des mittleren Dienstes darstellen.

An der gesamten regen Diskussion beteiligten sich ebenfalls die **Frauen Bakir-Block, Sanchez Mengeler und die Herren Bulla und Brandt.**

Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

Beschluss: **-einstimmig zugestimmt-**

Der Rat beschließt, die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Einführung vorhandener Digitalisierungslösungen im Bereich der Wohngeldstelle zu prüfen und umzusetzen. Weiterhin soll der zusätzliche Einsatz von Personal zur Unterstützung bei der Abarbeitung des aktuellen Antragsstaus erfolgen. Im Zuge dieser Maßnahme soll die Organisation eines Stellenpools von Verwaltungsfachkräften für vergleichbare Überlastsituationen erfolgen.

4.4 Antrag SPD-Fraktion: Anpassung der Stellenbewertung für Reinigungskräfte **508/2025**

Herr Brandt stellte den Antrag vor und änderte ihn dahingehend ab, dass die Bewertung der Stellen für Reinigungskräfte bis spätestens 01.06.2025 angepasst wird.

Herr Müll wies daraufhin, dass die Stellenbewertung nicht Aufgabe des Rates ist, folgerichtig ist es daher, den Beschluss 181/2012 aufzuheben. Aber auch zukünftig ist es nicht Aufgabe des Rates Stellenbewertungen vorzunehmen. Die Stellenwertigkeit einer Stelle richtet sich ausschließlich nach dem Aufgabeninhalt der Stelle. Er erklärte ausführlich, welche Kriterien zu einer höheren Bewertung einer Stelle im Reinigungsbereich führen. Nach der durchgeführten Bewertung aller Reinigungs-stellen in unserem Haus fallen diese unter die Entgeltgruppe 1.

Herr Bulla erklärte, dass der Rat keine Bewertung dieser Stellen vorgeben möchte, sondern eine objektive Bewertung wünscht – insbesondere vor dem Hintergrund, dass es im Konzern Stadt verschiedene Bewertungsgrößen gibt.

Frau Biela gab den Hinweis, dass andere Behörden im näheren Umfeld wie z.B. Emden oder Oldenburg ihre Reinigungskräfte nach EG 2 vergüten.

Herr Brandt bat darum, die Tätigkeit „Schließdienst", die als höherwertige Tätigkeit angesehen werden muss, in die Bewertung einzubeziehen und zu prüfen, wie die Reinigungskräfte bei den externen Firmen bezahlt werden.

An der folgenden Diskussion beteiligten sich ferner die **Frauen Sanchez Mengeler** und **Weinstock** und die **Herren Fischer, Heinemann und Mönck.**

Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

Beschluss: **-einstimmig zugestimmt-**

Der Ratsbeschlusses 181/2012 wird aufgehoben. Die Bewertung der Stellen für Reinigungskräfte wird bis spätestens 01.04.2025 angepasst. Der Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen wird über die Neubewertung informiert.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Stellenbewertung VHS und WTF

Herr Müll gab einen kurzen Sachstandsbericht. Bei der VHS waren insgesamt 100 Stellen zu bewerten. Nach der Bewertung gab es bei 8 Stellen Differenzen bezgl. der Wertigkeit. Für eine abschließende Bewertung dieser Stellen fehlen noch weitergehende Unterlagen, die aber bisher nicht vorgelegt wurden.

Die Bewertung der Stellen bei der WTF stellt sich anders dar. Herr Leonhard möchte sich zunächst selbst in die Thematik einarbeiten. Sobald Ergebnisse hierzu vorliegen, wird der PG entsprechend informiert.

Die jeweiligen Betriebsräte sind über den Stand der Bewertungen umfassend informiert.

5.2 Flüchtlingsunterkunft

Herr Müll nahm Bezug auf den Beschluss des Rates vom 29.05.2024 und trug kurz vor.

Dem Wunsch alle Verträge pauschal zu entfristen, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht nachgekommen werden, da noch nicht absehbar ist wie sich die Flüchtlingssituation entwickeln wird.

Herr Fischer zeigte sich verärgert darüber, dass das Gebäude zur Unterkunft der Flüchtlinge für 3 Jahre angemietet wurde, aber mit dem „Betreuungspersonal" kürzere Vertragszeiten abgeschlossen wurden.

Herr Bulla bat zum nächsten Ausschuss um Information, warum einige Stellen noch nicht entfristet sind.

5.3 Umsetzung des Inklusionskonzeptes

Herr Bulla erinnerte an den Ratsbeschluss zum geforderten Inklusionskonzept und fragte in die Runde, ob die Politik eine entsprechende Stelle initiieren sollte. Es stellt sich derzeit so dar, dass sich kein Fachbereich für diese wichtige Aufgabe verantwortlich fühlt oder sich zutraut diese Aufgabe zu koordinieren.

Die **Frauen Bakir-Block, Sanchez Mengeler und Weinstock** unterstrichen, dass eine beauftragte Person benötigt wird, die sich innerhalb der gesamten Stadt um das Thema Inklusion kümmert.

Herr Brandt verwies auf die Ratsvorlage zur Einstellung eines Diversitätsmanagers oder einer – managerin für interne und externe Aufgaben. Die Aufgabe Inklusion gehört dann zum Aufgabenkreis dieses Managers bzw. dieser Managerin. Die weitere Einstellung eines Beauftragten für Inklusion ist damit entbehrlich.

Er bat darum, dass die Verwaltung zum nächsten Ausschuss einen Sachstandsbericht hierzu gibt.

Herr Bulla bat um zeitnahe Erstellung des Stellenprofils des Diversitätsmanagers bzw. der Diversitätsmanagerin und um Prüfung, ob diese Stelle bzw. diese Aufgabe bezuschusst werden kann.

5.4 Antrag auf Neubewertung einer Stelle im Fachbereich 36

Herr Heinemann fragte an, wann der seit Mitte 2024 vorliegende Antrag bearbeitet wird.

Herr Müll erklärte, dass ein Antrag vorliegt. Die Stelle musste neu bewertet werden. Die Stelle wird neu besetzt.

5.5 Haushaltsstrukturkommission

Herr Heinemann fragte nach, wie sich die Fachbereiche 10 und 11 auf die Betrachtung ihrer Bereiche vorbereitet haben.

Herr Müll erklärte, dass das Projekt vom Fachbereich 20 angestoßen wurde und dort auch die Federführung liegt.

Sämtliche Vorarbeiten wie z.B. die Erstellung eines umfassenden Fragebogens sind bereits abgeschlossen. Der Fachbereich 20 wird zeitnah mit der „Überprüfung“ der ersten Fachbereiche beginnen.

5.6 Beschwerden bzgl. der Kfz-Zulassungsstelle

Frau Sanchez Mengeler fragte nach, warum es derzeit so viele Beschwerden über die Kfz-Zulassungsstelle gibt. Liegt es daran, dass dieser Bereich unterbesetzt ist oder dass sehr viele Termine von Firmen geblockt werden.

Herr Müll gab an, dass ihm bisher nicht zugetragen wurde, dass die Mitarbeitenden in der Zulassungsstelle überlastet sind oder dass es Probleme bzgl. der Terminvergabe gibt. Zum nächsten PG wird hierzu berichtet.

5.7 Digitalisierungsstand

Frau Bakir-Block fragte nach, wie der Digitalisierungsstand innerhalb der Stadtverwaltung ist.

Herr Müll erklärte, dass die Organisation mit allen Fachbereichen im Gespräch ist. Sämtliche Fachbereiche haben signalisiert, dass sie die Digitalisierung positiv sehen und auf die Umsetzung warten.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 18:17 Uhr

gez.	gez.	gez.
Jens Müll Referatsleiter	Markus Bulla Vorsitzender	Anke Schulze Protokollführerin